Ressort: Politik

Ukraine-Konflikt: EU-Sanktionen - Niederlande überlegen militärischen Eingriff

Sanktionen gegen Russland beschlossen

EU - Ukraine - Russland, 26.07.2014, 07:17 Uhr

GDN - Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich gestern, 25. Juli 2014, prinzipiell auf Wirtschaftssanktionen gegen Russland geeinigt. Droht jetzt aber darüber hinaus auch noch ein militärischer Einsatz, eines europäischen Staates, in der Ukraine?

Der Rat der Außenminister bejahte gegenüber der Kommission bereits am 22. Juli seine Bereitschaft, unverzüglich ein Paket von weiteren bedeutenden restriktiven Maßnahmen gegen Russland zu schnüren. Diesbezüglich wurde die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) gebeten, einen Vorschlag für zielgerichtete Maßnahmen im Bereich Zugang zu Kapitalmärkten, Verteidigung, Dual-Use Güter und sensible Technologien inkl. des Energiebereichs vorzubereiten.

Zudem stimmte der Rat der Außenminister darin überein, restriktive Maßnahmen auch gegenüber Individuen und Körperschaften nicht auszuklammern, die russische Entscheidungsträger materiell oder finanziell unterstützen oder von diesen Entscheidungsträgern profitieren.

Der Kommission wurde ein Dokument vorgelegt, das mehrere Maßnahmen in den vom Rat geforderten Bereichen umreisst, welches das entsprechende Vorgehen zu dessen rechtlichen Umsetzung beinhaltet. Dies geschah auf der Basis eines Mandats vom März 2014, das auf die Vorarbeit in Kooperation mit dem EEAS beruht. Am 24. Juli, hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter im Rat (COREPER) einem Austausch von Meinungen auf Basis dieses Dokuments angenommen.

Schließlich einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten am 25. Juli prinzipiell auf ein weitreichendes Maßnahmenpaket gegen Russland. Dieses Paket zielt vor allem auf Rüstungsgeschäfte und russische Banken. Von der Europäischen Kommission wird nun ein dafür notwendiger Gesetzestext ausgearbeitet.

Der Ausschuss der ständigen Vertreter ist zudem darüber übereingekommen, Visaverbote und das Einfrieren der Vermögen auf weitere Personen und Körperschaften auszudehnen, die sich für Handlungen gegen die territoriale Integrität der Ukraine verantwortlich zeigen.

Während die EU Sanktionen vorbereitet, überlegen jetzt die Niederlande die Absturzstelle des Flugs MH17, im Osten der Ukraine, militärisch abzusichern. Am kommenden Wochenende möchte die niederländische Regierung darüber abstimmen. Doch für einen solchen Eingriff brauchen die Niederlande die Zustimmung von der Regierung in Kiew aber auch der prorussischen Separatisten in der umkämpften Region.

Zudem ist vor kurzem ist die bisherige Regierung der Ukraine zurückgetreten und Vizeministerpräsident Wladimir Groisman übernahm nun kommissarisch die Leitung des Kabinetts. Eine Neuwahl des ukrainischen Parlaments könnte am 26. Oktober 2014 stattfinden.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-38350/ukraine-konflikt-eu-sanktionen-niederlande-ueberlegen-militaerischen-eingriff.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Roland Kreisel

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roland Kreisel

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com